Untrending Frauenhass - Feministische Bildung ausbauen, Antifeminismus in der Schule wirksam bekämpfen

Drucksache **8/6645** · eingebracht 2026-02-24 — Antragsteller: **GRÜNE**

Bildung | Gleichstellung | Demokratie | Jugend | Gewaltprävention

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die systematische Verankerung feministischer Bildung in Schulen, um Antifeminismus als Brückenideologie für Rechtsextremismus und Islamismus zu bekämpfen und Demokratie, Menschenwürde und Gleichstellung zu stärken.

KERNFORDERUNGEN

- Verankerung feministischer Bildung in Lehrplänen
- Fortbildung des Schulpersonals zu Antifeminismus und Sexismus
- Ausbau kostenfreier Beratungsstrukturen für Schulen

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch Menschenwürde (D1), Solidarität (D2), soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch feministische Bildung als zentralen Bestandteil demokratischer Sozialisation. Er adressiert strukturelle Machtverhältnisse, fördert kritische Medienkompetenz und schützt vor geschlechtsspezifischer Gewalt – alles Kernfelder der GWÖ-Matrix. Einzig die ökologische Nachhaltigkeit (Spalte 3) bleibt unberührt, was jedoch sachlich gerechtfertigt ist.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- klare Verknüpfung von Antifeminismus und Rechtsextremismus als Demokratiegefahr
- fächerübergreifende, praxisnahe Umsetzungsvorschläge
- starke Verankerung in Menschenwürde, Gleichstellung und Demokratiebildung

Schwächen

- keine explizite Berücksichtigung ökologischer Dimensionen (z.B. feministische Ökologie)
- keine Verankerung in Primarstufe und Grundschule

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	++	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	++	·	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde im Schulalltag** `Bewertung: +5`

Schutz vor Misogynie, Anerkennung von Geschlechtervielfalt, Würde als Maßstab

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Kostenfreie Beratungsstrukturen, fächerübergreifende Gleichstellungsbildung, Inklusion von Lebensentwürfen

D2 **Solidarität in der Schule** `Bewertung: +4`

Förderung von Empathie, Unterstützung Betroffener, gemeinsame Werteorientierung

D5 **Transparenz & Mitbestimmung** `Bewertung: +4`

Demokratiebildung, kritisches Hinterfragen von Narrativen, Partizipation durch Argumentationstraining

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 5/10

CDU betont Opferschutz, Resozialisierung und Prävention (Q11–Q13), aber vermeidet explizit feministische oder geschlechterkritische Sprache; keine direkte Verankerung von 'feministischer Bildung' oder 'Antifeminismus als Brückenideologie'. Der Fokus liegt auf Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, nicht auf Strukturkritik.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 6/10

CDU Grundsatzprogramm 2024 betont Menschenwürde, Toleranz und Medienkompetenz (Q17–Q20), aber lehnt Gender-Ideologie ab und versteht Geschlechtergerechtigkeit traditionell; kein Bezug zu feministischer Bildung als Demokratieschutz.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch: AfD lehnt 'Gender-Ideologie' ab, propagiert traditionelles Familienbild und kämpft gegen feministische Bildung (Q40). Der Antrag thematisiert gerade das, was AfD als Bedrohung darstellt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

AfD Grundsatzprogramm 2016 definiert Familie traditionell und lehnt Gender-Konzepte ab (Q40); Antifeminismus ist Teil ihrer eigenen Ideologie, nicht ein zu bekämpfendes Problem.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 8/10

SPD fordert politische Bildung, Demokratieschutz vor Rechtsextremismus (Q21–Q23), Stärkung der Schulsozialarbeit (Q22) und geschlechtersensible Berufsorientierung (Q24). Der Antrag ergänzt diese Ziele mit einem klaren feministischen Rahmen zur Radikalisierungsprävention.

> „Demokratie und Engagement U nsere Demokratie steht vor neuen Herausforderungen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen werden zunehmend offen vertreten."
> SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 38

PARTEIPROGRAMM 7/10

SPD Hamburger Programm betont Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichberechtigung (Q27–Q29), kritisiert Sexismus und fordert geschlechtergerechte Lehrkräfte (Q26), aber formuliert nicht explizit 'feministische Bildung' als Mittel gegen Radikalisierung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag entspricht nahezu wörtlich dem Grünen Wahlprogramm 2021: Geschlechtervielfalt in Kita/Schule (Q1), Anti-Mobbing- und Gewaltprävention (Q2), Hasskriminalität im Netz (Q3), Umwelt- und Geschlechterthemen im Unterricht (Q4–Q5).

> „Prävention von Gewalt gegen Frauen, trans*, intergeschlechtlichen und nonbinären Personen beginnt im frühen Kindesalter. Daher sollten Geschlechtervielfalt und Geschlechtergerechtigkeit bereits Thema in Kindergarten und Schule se..."
> Grüne Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 144

> „Mobbing ist eine leidvolle Erfahrung für viele Schüler*innen, die nicht mit dem Schulklingeln endet. Sie setzt sich digital auch in der Freizeit fort. Dauerhafte psychische Erkrankungen, Schulverweigerung bis hin zu Selbstmord können Folgen von Mobbing sein."
> Grüne Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 116

PARTEIPROGRAMM 9/10

Grünes Grundsatzprogramm 2020 definiert Feminismus als Weg zur geschlechtergerechten Gesellschaft (Q8), betont interkulturelle Verständigung (Q10), digitale Bildung (Q9) und Resozialisierung als Schutz für Opfer (Q6) – alles direkt verwoben mit dem Antrag.

> „Unser Ziel ist die geschlechtergerechte Gesellschaft, Feminismus der Weg dorthin. Er verspricht, echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen einzulösen – rechtlich, kulturell und ökonomisch."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 56

FDP

WAHLPROGRAMM 4/10

FDP betont Medienkompetenz (Q33–Q35), politische Bildung (Q31) und Null-Toleranz gegenüber Extremismus, aber lehnt ideologische Bildung ab und versteht Gleichstellung als individuelle Freiheit, nicht als strukturelle Transformation. Kein Bezug zu feministischer Bildung als Systemfrage.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 5/10

FDP Grundsatzprogramm 2012 betont Freiheit, Verantwortung und Medienkompetenz (Q36–Q40), aber sieht Bildung als individuelle Förderung, nicht als gesellschaftskritische Intervention; Gender-Themen fehlen vollständig.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fächerübergreifend aber insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Ethik, Religion und der Fremdsprachen feministische Bildung stärker zu verankern.

> in den Lehrplänen aller Schulformen fächerübergreifend aber insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Ethik, Religion und der Fremdsprachen feministische Bildung stärker zu verankern, mit besonderem Fokus auf Primarstufe und inklusive Settings.

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D1 (Menschenwürde) und D4 (soziale Gerechtigkeit) durch frühe, universelle Sensibilisierung – entspricht Grünen-Wahlprogramm Q1 und SPD-Hamburger Programm Q28.

Vorschlag 2 von 3

Original: Beratungsstrukturen für feministische Bildung sowie zur Prävention und zum Umgang mit Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus auszubauen und den Schulen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

> Beratungsstrukturen für feministische Bildung sowie zur Prävention und zum Umgang mit Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus unter Einbindung lokaler Frauen- und Mädchenberatungsstellen sowie queerer Initiativen auszubauen und den Schulen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld A1 (Ausgelagerte Betriebe/Lieferant:innen) durch gemeinwohlorientierte Beschaffung und stärkt Solidarität (Wert 2) durch Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen.

Vorschlag 3 von 3

Original: Ebenfalls soll das Schulpersonal darin geschult werden, wie sie misogynen und sexistischen Aussagen und Handlungen in der Schule begegnen können zum Beispiel mit Argumentationstrainings.

> Ebenfalls soll das Schulpersonal darin geschult werden, wie sie misogynen und sexistischen Aussagen und Handlungen in der Schule begegnen können, unter Einbeziehung von Betroffenenperspektiven und partizipativer Methoden, zum Beispiel mit Argumentationstrainings und Reflexionsformaten zur eigenen Positionierung.

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D5 (Transparenz & Mitbestimmung) durch partizipative Didaktik und D1 (Menschenwürde) durch zentrale Einbeziehung von Betroffenen – entspricht Grünen-Grundsatzprogramm Q10 und SPD-Q28.

Original-Antrag

Drucksache 8/6645

Untrending Frauenhass - Feministische Bildung ausbauen, Antifeminismus i·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

24.02.2026
Drucksache 8/6645

öffentlich

Antrag

–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Untrending Frauenhass - Feministische Bildung ausbauen, Antifeminismus in der Schule wirksam bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Antifeminismus als zentrale Denkweise und Ideologie im Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sowie Islamismus stellt eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie dar. Antifeminismus ebenso wie Islamfeindlichkeit fungieren als Brückenideologien, die genutzt werden, um (junge) Menschen für rechtsextreme und autoritäre Einstellungen zu gewinnen. Mit dem Erstarken rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft nehmen auch Frauenfeindlichkeit sowie Gewalt gegen Frauen zu. Gleichzeitig ist Antifeminismus auch in der Ideologie des Islamismus ein zentrales Element, das zur Mobilisierung und Radikalisierung junger Menschen, insbesondere junger Männer, instrumentalisiert wird.

Antifeminismus ist dabei kein Randphänomen, sondern in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus anschlussfähig. Er richtet sich gegen Gleichstellung und Selbstbestimmung und zielt insbesondere auf die Abwertung von Frauen sowie feministischer Anliegen insgesamt. Antifeminismus ist eng verwoben mit Sexismus und Misogynie sowie mit Queer- und Transfeindlichkeit und kann als ideologische „Brücke“ in Radikalisierungsprozessen wirken. Gerade in digitalen Räumen werden diese Narrative häufig über scheinbar unpolitische Lifestyle-Formate, Rollenbilder und Trendinhalte verbreitet, normalisiert und verstärkt.

Schulen müssen Kinder und Jugendliche daher befähigen, solche Deutungsmuster zu erkennen, kritisch zu hinterfragen und ihnen wertegebunden im Sinne von Gleichberechtigung und Menschenwürde zu begegnen. Schulen sind zentrale Orte demokratischer Sozialisation. Feministische Bildung ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil einer zeitgemäßen Demokratie- und Menschenrechtsbildung.

(Ausgegeben am 24.02.2026)

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fächerübergreifend aber insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Ethik, Religion und der Fremdsprachen feministische Bildung stärker zu verankern. Dabei sollen unter anderem:
   - die Geschichte und Erfolge der deutschen und internationalen Frauenrechtsbewegung,
   - Errungenschaften und Leistungen von Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft, Technik, Kultur, Literatur, Politik und Gesellschaft,
   - Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter,
   - Geschlechterstereotype und deren Folgen für das Individuum und die Gesellschaft,

   thematisiert werden;

2. in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fächerübergreifend aber insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Ethik, Religion und der Fremdsprachen Themen zur Bekämpfung von Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus zu verankern. Dabei sollen unter anderem:
   - die Entstehung und Effekte von Misogynie, Sexismus und Antifeminismus,
   - die Prävention und Auswirkungen von geschlechtsspezifischer Gewalt,
   - der Einfluss von Social Media auf die Verbreitung von Antifeminismus

   thematisiert werden;

3. in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Unterrichtshilfen die feministische Bildung sowie Themen zur Bekämpfung von Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus zu verankern. Dabei soll auch das Thema Darstellung von Frauenhass und Sexismus in den Sozialen Medien thematisiert werden. Ebenfalls soll das Schulpersonal darin geschult werden, wie sie misogynen und sexistischen Aussagen und Handlungen in der Schule begegnen können zum Beispiel mit Argumentationstrainings;

4. Beratungsstrukturen für feministische Bildung sowie zur Prävention und zum Umgang mit Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus auszubauen und den Schulen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die Beratungsangebote sind dafür finanziell entsprechend auszustatten.

Begründung

Feministische Bildung ist ein pädagogischer Ansatz, der Gleichberechtigung und Menschenwürde zum Maßstab macht. Sie befähigt Schüler*innen, Geschlechterrollen und Machtver-

hältnisse als gesellschaftlich geprägt zu verstehen, Stereotype kritisch zu prüfen und die Vielfalt von Geschlecht und Lebensentwürfen anzuerkennen. Ziel ist eine freie Entfaltung aller Kinder und Jugendlichen, verbunden mit Schutz vor Rollenzwang, Sexismus und Diskriminierung. Antifeminismus richtet sich als politische Haltung bzw. Bewegung gegen den Kampf für geschlechtliche Gleichberechtigung und feministische Emanzipationsbestrebungen. Er steht in enger Verbindung zu Sexismus und Misogynie, deren Rollenzuschreibungen und Abwertung von Frauen häufig als Nährboden für antifeministische Mobilisierung wirken.

Antifeminismus berührt zentrale demokratische Grundwerte. Er zielt darauf, Gleichstellung als illegitim darzustellen und gesellschaftliche Hierarchien zu stabilisieren. Wissenschaftliche Analysen verorten Antifeminismus in enger Beziehung zu autoritären Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit - Weltbildern, die Menschen nach vermeintlicher „Natürlichkeit“ oder „Wertigkeit“ ordnen und Abwertung normalisieren. Solche Dynamiken schwächen die demokratische Kultur, indem Empathie, Gleichwertigkeit und Teilhabe unter Druck geraten. Sie begünstigen ein Klima, in dem sexistische Abwertung und geschlechtsspezifische Gewalt gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Antifeministische Narrative entfalten eine starke Wirkung in digitalen Räumen und verbreiten sich über unterschiedliche Formate, darunter auch scheinbar unpolitische Lifestyle-Inhalte, die traditionelle Rollenbilder idealisieren und Gleichstellung abwerten. Schule übernimmt hier eine Schlüsselrolle in Prävention und Demokratiebildung: Sie vermittelt Werte, stärkt Konfliktfähigkeit und baut Medienkompetenz auf, damit Vielfalt als Stärke gelebt wird. Feministische Bildung schafft Wissen und Orientierung, indem sie die Geschichte von Frauenrechten, Leistungen von Frauen sowie Gleichstellung als demokratisches Prinzip sichtbar macht, und sie stärkt Handlungskompetenzen, etwa beim Erkennen von Stereotypen, beim Achten von Grenzen, beim respektvollen Streiten und beim Unterstützen Betroffener. Verlässliche Fortbildungen, praxistaugliche Methoden zur Einordnung digitaler Inhalte und kostenfreie Beratungsstrukturen stärken Schulen in Prävention und im konsequenten, betroffenenorientierten Umgang mit Vorfällen und fördern so Gleichberechtigung, Schutz und demokratische Resilienz in Sachsen-Anhalt.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz